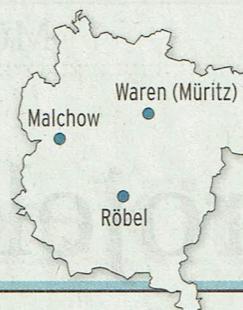


Müritz-Zeitung

Waren, Röbel, Malchow, Penzlin und die Region



Rechtsbruch: Die Gegner werden deutlich

Von Carina Göls

Wird die Debatte um die Warener Ortsumgehung ein Fall für den Richter? Dass die Stadtpolitiker aktuell die Weichen auf Grün für die „Westspange“ stellen, das sei ein Schlag ins Gesicht derer, die sich beim Bürgervotum deutlich gegen eine Stadtumfahrung ausgesprochen hatten. Rücktrittsforderungen fürs Parlament und die Verwaltungsspitze werden laut.

WAREN. „Das ist Rechtsbruch!“ Nicht aus einer Emotion heraus, sondern aus deutlicher Überzeugung wertet Werner Wachenfeld nach eigenem Bekunden die Entwicklung in Waren in puncto Ortsumgehung. Es dürfe nicht dazu kommen, dass die „Westspange“ doch noch in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wird – egal auf welchen (Um-)Wegen. „Doch danach sieht es derzeit sehr stark aus. Was jetzt passiert und schon rasch nach dem Bürgervotum passiert ist, das ist unfassbar“, kritisiert er.

Wenn bereits in den Ausschüssen mehrheitlich dafür gestimmt wurde, dass der Bürgermeister die sogenannte Westspange beim Ministerium beantragen soll, dann würden sich auch die Stadtvertreter nicht anders entscheiden, meint er. „Und das würde nicht nur gegen das mit 60 Prozent der Wählerstimmen und -beteiligung sehr deutliche Bürgervotum gegen eine Stadtumfahrung verstoßen, sondern auch gegen das dem Votum vorangegangene Bürgerbeteiligungsverfahren“, betont der Bürger Wachenfeld.

Zudem gibt es eine Vereinbarung zwischen der Stadt



Werner Wachenfeld FOTO: WACHENFELD

Waren und dem zuständigen Ministerium, die der Redaktion vorliegt, zum Ablauf des Bürgervotums, mit Paragrafen etc. Für Wachenfeld ein klarer Fall für die Verbindlichkeit des Votums. Er ist nicht nur Mitstreiter der Warener Initiative der Ortsumgehungsgegner, von denen der eine oder andere zumindest noch mit der „Spange“ leben könnte, sondern lehnt dies für Waren generell ab. „Mit dem Bürgerbegehren hat man groß angelegt und aufwendig die Bürger umfassend informiert und ihnen damit die Möglichkeit gege-

Tausende Autos quälen sich täglich durch Waren. Doch gegen die Umgehung sprach sich die Mehrheit der Bürger aus. Ein bindendes Votum finden deren Gegner. Und ein Rechtsbruch, wenn die Westspange nun doch käme.

FOTO: WINFRIED WAGNER

ben, sich zu einer Ortsumgehung zu positionieren – mit einem Ja oder Nein. Und die Westspange war immer eine Variante in den Diskussionen“, betont der Architekt und Stadtplaner.

Es bräuchte keinen Hellscher, um zu erkennen, „dass letztlich gegen den Bürgerwillen, dem die Stadtvertreter aber schließlich verpflichtet sind“, peu à peu doch eine Ortsumgehung geschaffen werden soll. Mit der „Westspange“ als ersten Schritt. Wachenfeld: „Eine Stadtverwaltung, die als gewählte Volksvertreter den Bürgerwillen nicht respektiert, muss weg und die Verwaltungsspitze mit dem Herrn ganz oben auch.“

Gebaut würde dazu ja nicht nur die Straße, sondern auch

Brücken. Nicht zuletzt würden durch die Westspange Anwohner, die bis dato wenig mit Lärm zu tun hatten, durch den 100-km/h-Verkehr vor neue Probleme gestellt. Lärmschutz allein sei da kaum hilfreich. Und dass es Leute mit den entsprechenden Verbindungen zum Bundestag gebe, die sich im Wahlkampf noch mal für die Warener Umgehung ins Zeug legen würden, wohl wissend, dass das Votum politisch bindend sei, davon ist Wachenfeld überzeugt. Doch für ihn ist der Rechtsbruch das Hauptproblem. „Ich werde nicht juristisch dagegen vorgehen, aber ich möchte, dass die Warener sich dessen bewusst werden, was hier passiert.“

Kontakt zur Autorin
c.goels@nordkurier.de